

Lesefassung

Satzung über die Erhebung von Gebühren für die leitungsgebundene Abwasserbeseitigung des Zweckverbandes Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung - Insel Usedom -

vom 25. Jul. 2017

geändert durch die

1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die leitungsgebundene Abwasserbeseitigung vom 18. Dez. 2017

Auf der Grundlage der §§ 5, 15, 151 II und 154 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern, der §§ 40, 43 des Landeswassergesetzes Mecklenburg-Vorpommerns sowie der §§ 1, 2, 6, 12 und 17 des Kommunalabgabengesetzes von Mecklenburg-Vorpommern in den jeweils aktuellen Fassungen wird nach Beschlussfassung der Verbandsversammlung vom 24. Jul. 2017 des Zweckverbandes Wasserversorgung & Abwasserbeseitigung - Insel Usedom - folgende Satzung erlassen:

§ 1

Allgemeines

- (1) Der Zweckverband betreibt nach Maßgabe seiner Abwasseranschluss- und -beseitigungssatzung zwei rechtlich selbständige öffentliche Einrichtungen I und II zur zentralen Abwasserbeseitigung.
- (2) Der Zweckverband erhebt auf der Grundlage des § 6 des Kommunalabgabengesetzes (KAG M-V) und nach Maßgabe dieser Satzung Benutzungsgebühren.
- (3) Die Benutzungsgebühren werden für die Inanspruchnahme der jeweiligen zentralen öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlage für Grundstücke erhoben, die an die jeweilige öffentliche Anlage angeschlossen sind. Die Benutzungsgebühr gliedert sich in Grundgebühr und Verbrauchsgebühr.

§ 2

Gebührensschuldner

- (1) Gebührensschuldner ist, wer nach den grundsteuerrechtlichen Vorschriften Schuldner der Grundsteuer ist oder sein würde, wenn das Grundstück nicht von der Grundsteuer befreit wäre. Mehrere Gebührensschuldner sind Gesamtschuldner.
- (2) Für die Gebührensschuld haftet das Grundstück des Gebührensschuldners.
- (3) Im Falle des Absatzes (2) haftet das Grundstück ohne Rücksicht auf den tatsächlichen Gebührensschuldner.
- (4) Bei einem Wechsel des Gebührenpflichtigen geht die Gebührenpflicht mit Beginn des auf die Übergabe folgenden Tages auf den neuen Pflichtigen über. Wenn der bisherige

Pflichtige die Mitteilung über den Wechsel versäumt, so haftet er für die Gebühren die auf den Zeitraum bis zum Eingang der Mitteilung beim Zweckverband entfallen neben dem neuen Pflichtigen als Gesamtschuldner.

§ 3

Entstehung und Beendigung der Gebührenpflicht

- (1) Die Gebührenpflicht für die Grundgebühr entsteht mit der betriebsfertigen Herstellung des Anschlusses des Grundstückes an die öffentliche Abwasseranlage.
- (2) Die Gebührenpflicht für das Einleiten von Schmutzwasser (Verbrauchsgebühr) entsteht mit dem Tag, an dem Abwasser auf dem Grundstück anfällt und in die öffentliche Abwasseranlage erstmals eingeleitet wird.
- (3) Die Gebührenpflicht endet, sobald der Anschluss des Grundstückes beseitigt wird oder die Zuführung von Abwasser von dem Grundstück in die öffentliche Abwasseranlage auf Dauer endet.

§ 4

Gebührenmaßstab und Gebührensatz

- (1) Die monatliche Grundgebühr wird nach dem Dauerdurchfluss (Q3) der jeweils verwendeten Messeinrichtung berechnet. Befinden sich auf einem Grundstück mehrere Messeinrichtungen, so wird die Grundgebühr für jede einzelne Messeinrichtung gesondert berechnet. Ist eine Messeinrichtung für den Anschluss an die öffentliche Trinkwasserversorgungsanlage nicht vorhanden, so wird der Dauerdurchfluss (Q3) der Messeinrichtung festgesetzt, die nach den anerkannten Regeln der Technik erforderlich sein würde, um die dem Grundstück zuzuführenden Trinkwassermengen zu messen.

Die monatliche Grundgebühr beträgt bei Verwendung von Messeinrichtungen mit einem Dauerdurchfluss von

Max Q 3	2,5 (=Nenndurchfluss QN 1,5)	3,00 EURO
Max Q 3	4 (=Nenndurchfluss QN 2,5)	15,00 EURO
Max Q 3	10 (=Nenndurchfluss QN 6)	54,00 EURO
Max Q 3	16 (=Nenndurchfluss QN 10)	100,00 EURO
Max Q 3	25 (=Nenndurchfluss QN 15)	200,00 EURO
Max Q 3	40 (=Nenndurchfluss QN 20)	300,00 EURO
Max Q 3	63 (=Nenndurchfluss QN 40)	600,00 EURO
Max Q 3	100 (=Nenndurchfluss QN 60)	900,00 EURO

- (2) Die Verbrauchsgebühr (verbrauchsabhängige Gebühr) wird nach der Menge des Abwassers berechnet, die der öffentlichen Anlage zugeführt wird. Eine Berechnung erfolgt auch, wenn die in der Anlage 4 der Abwasseranschluss- und -beseitigungssatzung aufgeführten Stoffe widerrechtlich eingeleitet werden. Berechnungseinheit ist der cbm Abwasser.

- (3) Die Benutzungsgebühr für Abwasser wird nach der Abwassermenge berechnet, die im Erhebungszeitraum in die zentrale öffentliche Abwasseranlage eingeleitet wird.

In dem jeweiligen Erhebungszeitraum gilt als angefallene Abwassermenge

- a) für die aus öffentlichen Wasserversorgungsanlagen zugeführte Wassermenge, die gemäß § 13 Wasserversorgungssatzung des Zweckverbandes ermittelte Verbrauchsmenge.
- b) für die aus privaten Wasserversorgungsanlagen zugeführte Wassermenge, die von der eingebauten Messeinrichtung ermittelte Verbrauchsmenge und / oder
- c) für die aus sonstigen Wasserzuleitungen zugeführte Wassermenge, die von der eingebauten Messeinrichtung ermittelte Verbrauchsmenge.

Der Nachweis der nach § 4 Abs. 3 b) und c) zugeführten Wassermenge erfolgt durch den Einbau einer Messeinrichtung. Diese wird ausschließlich vom Zweckverband gestellt und installiert. Die Umgehung der Messeinrichtung ist nicht statthaft. Die Lieferung und Montage, die Erneuerung, die Veränderung und die Unterhaltung dieser Messeinrichtung erfolgt auf Kosten des Gebührenpflichtigen.

Ergänzend sind die Bestimmungen der Wasserversorgungssatzung des Zweckverbandes zum Hausanschluss, zur Messeinrichtung und zur Messung entsprechend anzuwenden.

- (4) Der Nachweis der zurückgehaltenen Wassermenge obliegt dem Gebührenpflichtigen. Der Nachweis erfolgt durch den Einbau einer geeichten Messeinrichtung im Bereich des Hausanschlusses für Trinkwasser. Der Einbau, die Erneuerung, die Veränderung und die Unterhaltung erfolgt im Auftrag und auf Kosten des Gebührenpflichtigen.

Eine Berücksichtigung der zurückgehaltenen Wassermenge bei der Gebührenberechnung erfolgt ab dem Zeitpunkt da der Gebührenpflichtige den Einbau oder Erneuerung der geeichten Messeinrichtung beim Zweckverband angezeigt hat. Der Zweckverband hat das Recht, Art und Ausführung dieser Messeinrichtung zu prüfen.

- (5) Bei der Wassermenge aus der öffentlichen Versorgungsanlage gilt die für die Erhebung der Trinkwasserbenutzungsgebühr zu Grunde gelegte Verbrauchsmenge. Ist die Menge der Einleitung nicht durch eine Messeinrichtung zu ermitteln, ist der Zweckverband berechtigt, die der öffentlichen Anlage zugeführte Menge entsprechend §§ 12 KAG MV und 162 AO zu schätzen.

- (6) Die Verbrauchsgebühr beträgt für

Einrichtung I:	3,30 EUR je cbm
Einrichtung II:	3,04 EUR je cbm.

§ 5

Erhebungszeitraum

- (1) Erhebungszeitraum ist das Kalenderjahr.

- (2) Die Gebührenschuld entsteht mit Ablauf des Erhebungszeitraums. Endet ein Benutzungsverhältnis vor Ablauf des Erhebungszeitraums, entsteht die Gebührenschuld mit Ablauf des Tages, an dem das Nutzungsverhältnis endet. Bei einem Wechsel des Pflichtigen vor Ablauf des Erhebungszeitraumes entsteht die Gebührenschuld für den bisherigen Pflichtigen mit Ablauf des Tages, an dem der Gebührenpflichtige wechselt.

§ 6

Heranziehung und Fälligkeit

- (1) Die Heranziehung zur Gebühr und Vorauszahlungen erfolgt durch schriftlichen Bescheid, der mit einem Bescheid über andere Angaben verbunden werden kann. Die Gebühr ist einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.
- (2) Auf die nach Ablauf des Erhebungszeitraumes endgültig abzurechnende Benutzungsg Gebühr wird eine Vorauszahlung erhoben, die nach der Menge des entsorgten Abwassers im vorangegangenen Erhebungszeitraum festgesetzt wird. Die Vorauszahlung wird in zwölf gleichen Teilbeträgen (sogenannte Abschläge) jeweils am 01. eines Monats des jeweiligen Jahres fällig. Der neue Abschlagsbetrag wird mit dem Gebührenbescheid mitgeteilt.
- (3) Bestand im Vorjahr noch keine Gebührenpflicht oder hat sich der Benutzungsumfang seitdem wesentlich geändert, wird die nach Absatz 2 zugrunde gelegte Abwassermenge geschätzt.
- (4) Der Pflichtige hat das Recht auch nach Ablauf des Erhebungszeitraumes weitere Vorauszahlungen in der bisherigen Höhe zu leisten, bis durch die Bekanntgabe des Gebührenbescheides die Festsetzung der zukünftigen Vorauszahlungen erfolgt.

§ 7

Betriebsstörungen

Bei Betriebsstörungen oder Außerbetriebsetzung der öffentlichen Abwasseranlagen durch betriebsnotwendige Arbeiten sowie bei Auftreten von Mängeln und Schäden, die durch höhere Gewalt hervorgerufen werden, hat der Pflichtige keinen Anspruch auf Schadenersatz, Erlaß oder Ermäßigung der Gebühren, mit Ausnahme vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführter Schäden. Die Vorschrift des § 9 bleibt unberührt.

Bei Außerbetriebsetzung der öffentlichen Abwasseranlagen über den Zeitraum von einem Monat hinaus werden keine Gebühren für die Monate der Außerbetriebsetzung erhoben.

§ 8

Auskunfts-, Anzeige und Duldungspflicht

- (1) Die Pflichtigen haben dem Zweckverband jede Auskunft zu erteilen, die für die Festsetzung des Gebührenanspruchs nach dieser Satzung erforderlich ist. Jeder Wechsel der Rechtsverhältnisse an einem an die öffentlichen Abwasseranlagen angeschlossenen Grundstück ist dem Zweckverband sowohl vom Veräußerer als auch vom Erwerber des Grundstücks innerhalb eines Monats nach Rechtsänderung schriftlich anzuzeigen.

- (2) Der Gebührenschuldner hat ferner den Zweckverband über alle für die richtige Veranlagung maßgebenden Tatsachen innerhalb einer angemessenen Frist die erforderlichen Angaben zu machen.
- (3) Sind auf dem Grundstück Verbindungen zwischen dem Hausanschluss und der privaten Anlage vorhanden, die die Berechnung der Gebühren beeinflussen können (z.B. grundstückseigener Brunnen, Niederschlagswassernutzung) so hat der Pflichtige dies dem Zweckverband unverzüglich anzuzeigen. Dies gilt auch bei einer erstmaligen Herstellung, Änderung oder Beseitigung der Anlage. Dienstkräften des Zweckverbandes ist der Zutritt auf das Grundstück zu gewähren, um die Bemessungsgrundlagen für die Gebührenerhebung festzustellen oder zu überprüfen. Die Pflichtigen haben das Betreten zu dulden.
- (4) Der Pflichtige hat den Gebührenbescheid zu prüfen. Er ist verpflichtet den Zweckverband unverzüglich zu informieren, wenn gebührenrelevante Mengen bei der Abrechnung der Gebühren nicht berücksichtigt wurden, weil der Zweckverband keine Kenntnis von Anlagen i. S. d. Absatzes 3 Satz 1 hatte.

§ 9

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne des § 17 Abs. 2 Nr. 2 KAG MV handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig der Auskunfts-, Anzeige- und Duldungspflicht nach § 8 Abs. 1-4 zuwiderhandelt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 5.000 EUR geahndet werden.

§ 10

Datenschutz

Zur Ermittlung des Gebührenpflichtigen und Festsetzung des Abgabeanspruches nach dieser Satzung ist die Verwendung der erforderlichen personenbezogenen und grundstücksbezogenen Daten aus dem Grundbuch, den Unterlagen der unteren Bauaufsichtsbehörde, des Katasteramtes und der Einwohnermeldeämter durch den Zweckverband zulässig. Der Zweckverband darf sich diese Daten von den zuständigen Ämtern und Behörden übermitteln lassen und zum Zweck der Erstattung nach dieser Satzung weiterverarbeiten.

§ 11

Inkrafttreten

Die Satzung tritt rückwirkend zum 01. Januar 2017 in Kraft.